

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft  
*The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics*

Fehn, Rainer

Working Paper

## Ist die Globalisierung der Totengräber nationaler Sozialpolitik?

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre,  
Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Universität Würzburg, No. 43

**Provided in cooperation with:**

Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Suggested citation: Fehn, Rainer (2001) : Ist die Globalisierung der Totengräber nationaler Sozialpolitik?, Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Universität Würzburg, No. 43, <http://hdl.handle.net/10419/32489>

**Nutzungsbedingungen:**

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

**Terms of use:**

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
*By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.*

Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

**Ist die Globalisierung der  
Totengräber nationaler  
Sozialpolitik?**

**Rainer Fehn**

Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge  
des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre,  
Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik

Prof. Dr. Norbert Berthold

Nr. 43

2001

Sanderring 2 • D-97070 Würzburg

# **Ist die Globalisierung der Totengräber nationaler Sozialpolitik?**

**Rainer Fehn**

*Vortrag bei dem Symposium an der Universität Innsbruck  
zum Thema  
„Globalisiertes Wirtschaften und nationale Wirtschaftspolitik“*

*Innsbruck, 9./10. November 2000*

Universität Würzburg  
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,  
Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik  
Sanderring 2  
D – 97070 Würzburg  
Tel.: 09 31 – 31 29 25  
Fax: 09 31 – 31 27 74  
Email:  
[rainer.fehn@mail.uni-wuerzburg.de](mailto:rainer.fehn@mail.uni-wuerzburg.de)

## 1. Einleitende Bemerkungen

Nach dem jähen Untergang der sozialistischen Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre war für kurze Zeit die Ansicht weit verbreitet, der ökonomische Systemstreit sei ein für allemal zugunsten des marktwirtschaftlichen Ansatzes entschieden. Das Versagen der zentralen Verwaltungswirtschaften, einigermaßen effizient zu wirtschaften und nicht nur die Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen halbwegs zu befriedigen, sondern ihnen auch die hierzulande völlig unbestrittenen Freiheitsrechte zu gewähren, war derart offensichtlich, daß ein Zurück in diese dirigistische Welt niemand mehr ernsthaft propagieren konnte und kann. Es scheint allerdings mittlerweile so, daß mit dieser historischen Zäsur erst etwas viel stärker ans Tageslicht gerückt ist, was vorher in erster Linie Ordnungs- und Institutionenökonomien bewußt war, nämlich, daß die westlichen Demokratien marktwirtschaftlicher Prägung durchaus keinen monolithischen Block darstellen. Vielmehr rückt seitdem vermehrt ins Blickfeld, daß die grundsätzlich marktwirtschaftlich ausgerichteten Länder in ihren institutionellen Rahmenbedingungen erhebliche Unterschiede aufweisen und der marktwirtschaftliche Ordnungsrahmen daher in ganz unterschiedlichen Facetten existiert.

Läßt man einmal die asiatischen Länder wie Japan, Südkorea oder Taiwan außen vor, dann besteht insbesondere ein ausgeprägter Gegensatz zwischen dem angelsächsischen Ansatz einer Marktwirtschaft ohne Adjektive, wie er im Prinzip schon immer in den USA, seit Thatcher auch weitgehend in Großbritannien und seit Mitte der 80er Jahre auch in Neuseeland vorherrscht, und den (sozialen) Marktwirtschaften Kontinentaleuropas, welche allesamt viel stärker regulierend in die Märkte eingreifen, einen weitaus größeren staatlichen Sektor aufweisen und insgesamt eine eher korporatistische Wirtschaftspolitik verfolgen. Integraler Bestandteil dieses korporatistischen Ansatzes sind relativ zentral organisierte und starke Gewerkschaften. Es ist das primäre Anliegen dieser eher korporatistisch organisierten Länder Kontinentaleuropas, die Verteilungsergebnisse des Marktes ex ante durch regulierende Eingriffe in die Märkte und ex post durch ein ausgeprägt progressives Steuersystem und einen umfassenden Sozialstaat in Richtung von mehr „sozialer Gerechtigkeit“ zu korrigieren. Zwar ist alles andere als klar, was genau „sozial gerecht“ ist, unbestritten ist aber wohl, daß der

Einzelne gegen die zentralen Lebensrisiken wie Armut, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Langlebigkeit im Alter abgesichert werden soll. Ist dies aufgrund von Marktversagen oder Marktmängeln nicht effizient über marktliche Lösungen möglich, dann sollten staatlich organisierte und mehr oder weniger die ganze Bevölkerung umfassende Transfer- und Versicherungssysteme diese Aufgaben erfüllen, sofern eine wohlbegründete Aussicht besteht, daß der Staat dazu besser als der Markt in der Lage ist (Berthold, 1997).

Bisweilen werden die kontinentaleuropäischen Länder noch weiter untergliedert in einen skandinavischen Länderblock, die mediterranen Länder und diejenigen Länder, in denen die sogenannte „rheinländische Form des Kapitalismus“ vorherrscht. Deutschland mit seinem Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist sicherlich das repräsentative Land dieser dritten Ländergruppe. Deutschland ist aber insbesondere auch deshalb ein interessanter Fall, weil es für einen langen Zeitraum während der Nachkriegsphase, nämlich mindestens bis Mitte der 70er Jahre, so schien, als ob dieser institutionelle Ordnungsrahmen relativ zum angelsächsischen Ansatz nicht nur bessere Verteilungsergebnisse hervorruft, sondern auch aus allokativer Sicht überlegen ist, also etwa in bezug auf das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungsergebnisse (Fehn, 1997).

Spätestens im Verlauf der 90er Jahre ist diese optimistische Einschätzung des deutschen Modells der sozialen Marktwirtschaft aber einer zunehmend skeptischen Sichtweise gewichen. Schuld daran ist zum einen die sich seit Mitte der 70er Jahre in Schüben verschlechternde Arbeitsmarktperformance. Die einstmalige Vollbeschäftigung ist mittlerweile einem Zustand sich sukzessive verschlimmernder Massenarbeitslosigkeit gewichen. Zum anderen schlingert aber auch der Sozialstaat von einer Finanzierungskrise in die nächste und es gelingt ihm immer weniger, die elementaren verteilungspolitischen Zielsetzungen einigermaßen effizient zu erreichen. Auch wenn die USA im Jahre 2001 einen konjunkturellen Rückschlag zu erleben scheinen, so muß doch gerade vor dem Hintergrund der beeindruckenden Erfolgsbilanz in den 90er Jahren konstatiert werden, daß die strukturellen Ergebnisse dort schon seit längerem wesentlich besser ausfallen.

Es stellt sich die Frage, ob es Zufall ist, daß diese scherenartige Auseinanderentwicklung in der Performance zwischen den USA und Deutschland in eine Phase fällt, in der sich die Volkswirtschaften weltweit durch politische Entscheidungen stärker öffnen und aufgrund technologischer Entwicklungen enger zusammenwachsen, also der Prozeß der Globalisierung rasant voranschreitet, oder ob hier ein systematischer Zusammenhang besteht. Hat die Globalisierung also zur Folge, daß eigentlich gesellschaftlich und vielleicht sogar ökonomisch wünschenswerte „dritte Wege“ zwischen einer Marktwirtschaft ohne Adjektive und einem sozialistisch geprägten Ordnungsrahmen nicht mehr möglich sind? Aus der im Rahmen dieses Beitrages vor allem interessierenden sozialpolitischen Sicht gilt es insbesondere zu klären, ob eine nationale Sozialpolitik, welche die sich aus dem freien Spiel der Märkte ergebenden Verteilungsergebnisse korrigieren möchte, im Zeitalter der Globalisierung überhaupt noch möglich ist, oder ob die Marktergebnisse als weitgehend unveränderbar akzeptiert werden müssen. Es geht also letztlich darum zu klären, ob die Globalisierung der Totengräber nationaler Sozialpolitik ist.

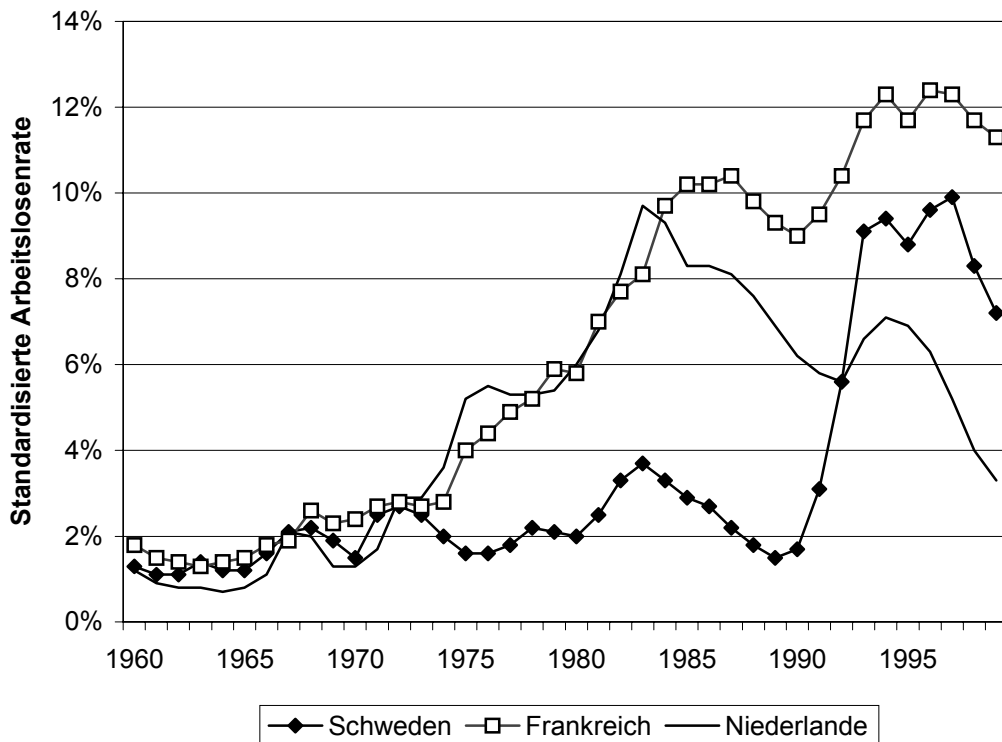
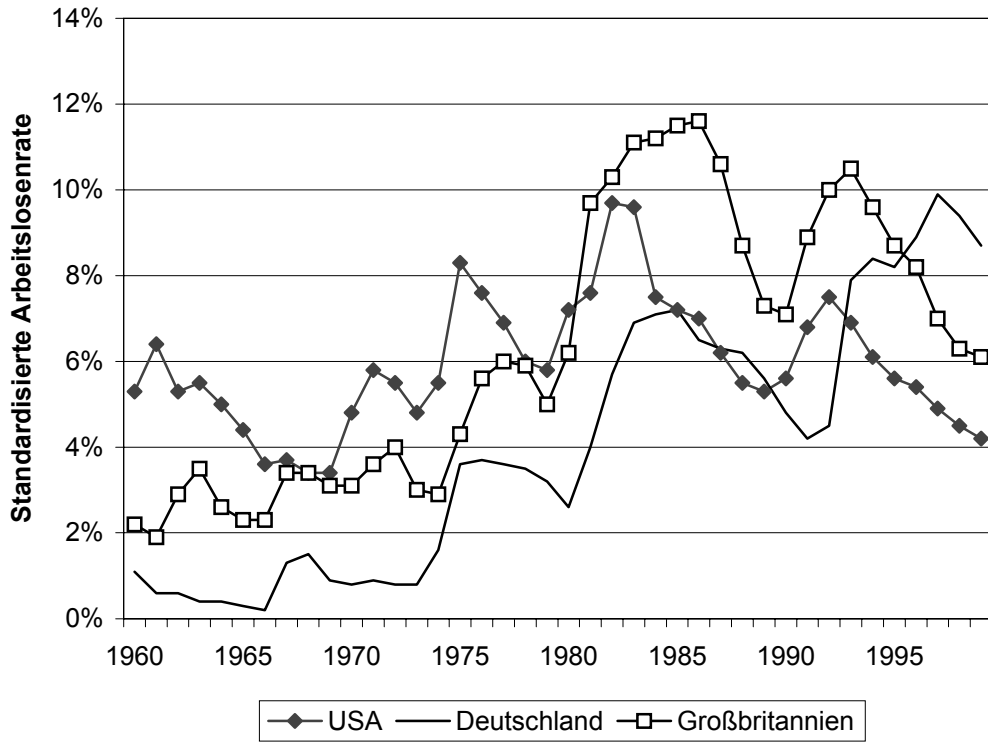
Um diese wirtschaftspolitisch höchst brisante Fragestellung zu beantworten, wird im weiteren wie folgt vorgegangen. Zunächst einmal werden in Kapitel 2 einige stilisierte Fakten zur Arbeitsmarktmisere, zur Krise des Sozialstaates und zur Globalisierung vorgestellt. Daran anschließend wird in Kapitel 3 untersucht, was die Ursachen der Krise des Modells der sozialen Marktwirtschaft sind. In Kapitel 4 wird analysiert, inwiefern die Globalisierung die Krise verschärft. Abschließend wird in den wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen in Kapitel 5 der Frage nachgegangen, ob und wie sich der Zielkonflikt zwischen Effizienz und Gerechtigkeit besser als bisher lösen läßt.

## **2. Stilisierte Fakten**

### **a) Arbeitsmarktmisere**

Jegliche Bestandsaufnahme der Situation in den kontinentaleuropäischen Sozialstaaten muß heutzutage mit der nach wie vor dramatischen Situation auf den kontinentaleuropäischen Arbeitsmärkten beginnen. Vergleicht man die Entwicklung der von der OECD standardisierten Arbeitslosenraten über die Ländergrenzen hinweg seit Anfang der 70er Jahre (Abb. 1), dann fällt unmittelbar die stufenartige Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt in den kontinentaleuropäischen Kernländern Deutschland und Frankreich auf. Hingegen ist in den USA und Großbritannien in den 90er Jahren ein rückläufiger Trend in der Arbeitslosenrate zu konstatieren, wobei allerdings die konjunkturell bedingten Schwankungen der Arbeitslosenrate in den angelsächsischen Ländern größer ausfallen. Es gelang also in Kontinentaleuropa offensichtlich nicht, die in konjunkturellen Abschwungphasen entlassenen Arbeitnehmer in den anschließenden Aufschwungphasen wieder in nennenswertem Umfang in den regulären Arbeitsmarkt zu reintegrieren. Hinter dieser Entwicklung verbergen sich allerdings erhebliche strukturelle Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt insbesondere weg vom industriellen Sektor hin zur Dienstleistungsgesellschaft und hin zum informations- und biotechnologischen Sektor. Gerade die USA waren offensichtlich im Gegensatz zu Deutschland und Frankreich in der Lage, diese strukturellen Umbrüche ohne einen nachhaltigen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu bewerkstelligen.

**Abb. 1: Standardisierte Arbeitslosenraten im internationalen Vergleich**



Quelle: OECD.



Die angelsächsischen Länder schneiden aber auch in bezug auf das Beschäftigungswachstum deutlich günstiger ab als die kontinentaleuropäischen Länder, wie Tab. 1 zeigt. Sie waren also nicht nur in der Lage, die offiziell ausgewiesenen Arbeitslosenraten niedrig zu halten, sondern sie haben es auch tatsächlich in großem Stil geschafft, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies steht in ausgeprägtem Gegensatz insbesondere zu den skandinavischen Ländern, wo die Arbeitslosenraten, aber auch das Beschäftigungswachstum gering sind. Dies hat ohne Frage unter anderem mit den sehr hohen dortigen Ausgaben für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu tun, die aber bislang kaum in der Lage war, Arbeitslose auch tatsächlich auf Dauer in den regulären Arbeitsmarkt zu reintegrieren (Berthold und Fehn, 1997). Weiterhin fällt auf, daß Großbritannien in diesem längerfristigen Betrachtungszeitraum trotz seiner Beschäftigungserfolge in den 90er Jahren relativ schlecht abschneidet. Hier schlägt einerseits zu Buche, daß die strukturellen Reformen von M. Thatcher Anfang der 80er Jahre auf erheblichen Widerstand stießen und dieser Konfrontationskurs mit den Gewerkschaften zunächst einmal mit einer recht schlechten Arbeitsmarktperformance einherging. Andererseits kommt hierin auch zum Ausdruck, daß Großbritannien Ende der 80er Jahre mit einem überbewerteten Pfund in das EWS eintrat, was erhebliche nachfragebedingte Beschäftigungsverluste zur Folge hatte.

**Tab. 1: Beschäftigungswachstum im internationalen Vergleich**

Land	1980-97 <sup>1</sup>	1986-2001 <sup>1</sup>
Australien	1,72	1,75
USA	1,58	1,43
Kanada	1,37	1,49
Niederlande	1,26	1,96
Schweiz	1,09	0,95
Neuseeland	1,09	1,06
Japan	1,00	0,69
Irland	0,95	2,79
Norwegen	0,83	0,45
Portugal	0,59	0,76
Deutschland	0,47	0,12
UK	0,42	0,79
Dänemark	0,39	0,21
Spanien	0,35	1,61
Österreich	0,27	0,61
Frankreich	0,14	0,59
Belgien	0,05	0,59
Italien	-0,18	0,03
Finnland	-0,37	-0,24
Schweden	-0,43	-0,18

1/ Durchschnittliches, jährliches Beschäftigungswachstum (in Prozent), für 2000 und 2001 von der OECD geschätzte Werte.

Quelle: Garibaldi und Mauro (1999) und OECD.

Es ist sicherlich sowohl aus ökonomischer als auch aus sozialpolitischer Sicht besonders problematisch, wenn bestimmte Individuen auf Dauer keiner regulären Erwerbstätigkeit nachgehen und daher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. Dies wirkt nicht nur politisch destabilisierend, weil es eine Art Zweiklassengesellschaft zur Folge hat, sondern das Humankapital dieser Personen verfällt auch sukzessive und sie haben keine Chance, sich im Rahmen des Eingebundenseins in den regulären Arbeitsprozeß neues marktverwertbares Humankapital zu erwerben. Analog zu einer Blume im Blumenladen, für die sich schon seit etlichen Tagen kein Käufer gefunden hat, so ist auch bei Arbeitslosen empirisch erwiesen, daß mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit die Chancen immer kleiner werden, wieder eine reguläre Stelle zu finden (Nickell, 1997).

Tab. 2 zeigt aber klar, daß in den kontinentaleuropäischen Länder gerade im Vergleich zu den USA, aber auch relativ zu Großbritannien weitaus mehr Arbeitslose schon länger als ein Jahr arbeitslos sind und sie daher zu der Gruppe der besonders problematischen Langzeitarbeitslosen gerechnet werden müssen. Das Risiko ist also hierzulande ausgeprägt, wenn man erst einmal entlassen worden ist, in der Langzeitarbeitslosigkeit zu enden. Der damit verbundene Einkommensausfall wird zwar durch Versicherungs- und Transferzahlungen abgemildert, die anderen negativen Nebenwirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit wie Verlust des Selbstwertgefühls, soziale Ausgeschlossenheit, politische Radikalisierung etc. können aber dadurch so gut wie nicht vermieden werden (Sen, 1997). Der Arbeitsmarkt erfüllt also hierzulande seine Versicherungsfunktion gegen das besonders problematische Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit besonders schlecht.

**Tab. 2: Rate der Langzeitarbeitslosen im internationalen Vergleich**

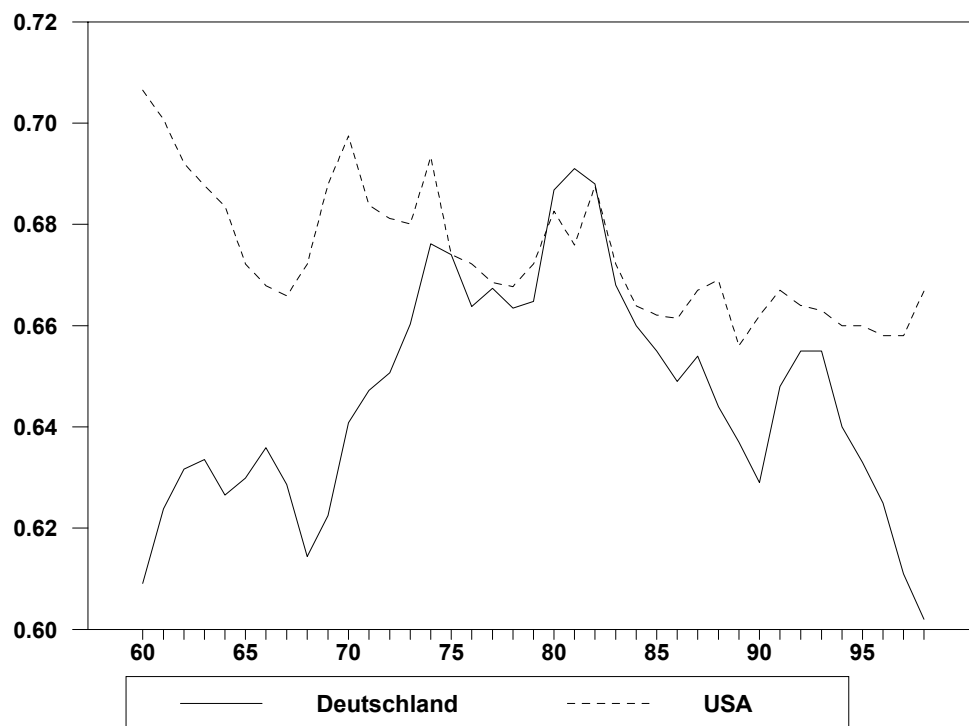
<b>Jahr</b>	<b>USA</b>	<b>Deutschland</b>	<b>Frankreich</b>	<b>UK</b>	<b>Schweden</b>	<b>Niederlande</b>
<b>1983</b>	13,3	41,6	42,2	45,6	10,3	48,8
<b>1990</b>	5,5	46,8	38,0	34,4	12,1	49,3
<b>1991</b>	6,3	31,5	37,2	28,5	11,2	45,5
<b>1992</b>	11,1	33,2	36,1	35,4	13,5	42,5
<b>1993</b>	11,5	40,0	34,2	42,5	15,8	45,4
<b>1994</b>	12,2	44,3	38,3	45,4	25,7	49,4
<b>1995</b>	9,7	48,7	42,3	43,6	27,8	46,8
<b>1996</b>	9,5	47,8	39,5	39,8	30,1	50,0
<b>1997</b>	8,7	50,1	41,2	38,6	33,4	49,1
<b>1998</b>	8,0	52,6	44,1	32,7	33,5	47,9
<b>1999</b>	6,8	51,7	40,3	29,8	30,1	43,5

Quelle: OECD.

Weiterhin ist es ein zentrales Anliegen korporatistisch organisierter Länder, die Verteilungsergebnisse des Marktes zugunsten der Arbeitnehmerschaft als Ganzes gesehen umzuverteilen und die Lebenschancen der gering qualifizierten Arbeitnehmer zu verbessern. Beides dürfte auch der weitverbreiteten Auffassung entsprechen, was unter „sozial gerecht“ zu verstehen ist. Abb. 2 und Tab. 3 zeigen aber, daß diese Ziele eklatant verfehlt werden. Die Lohnquote ist schon seit längerem stark rückläufig in Deutschland und mittlerweile deutlich unter das Niveau der USA gefallen. Eine ähnliche Entwicklung läßt sich auch für Frankreich und zahlreiche weitere Länder Konti-

mentaleuropas belegen. Trotz oder vielleicht sogar wegen der starken regulierenden Eingriffe in das freie Spiel der Kräfte auf dem Arbeitsmarkt, gelingt es also nicht, die funktionale Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmerschaft zu verbessern. Neuere theoretische Überlegungen und die empirische Evidenz einer langfristig über dem kritischen Wert von eins liegenden Substitutionselastizität zwischen Arbeit und Kapital deuten sogar darauf hin, daß sich übermäßige regulierende Eingriffe des Staates in den Arbeitsmarkt langfristig äußerst negativ nicht nur auf die Beschäftigung, sondern langfristig auch auf die Lohnquote auswirken (Berthold, Fehn und Thode, 2000).

**Abb. 2: Entwicklung der Lohnquote in Deutschland und den USA (1960-1998)**



Quelle: Berthold, Fehn und Thode (1998, 737).

**Tab. 3: Arbeitslosenraten in Abhängigkeit vom Ausbildungsstand**

	niedrig	mittel	hoch		niedrig	mittel	hoch
<b><u>Frankreich</u></b>				<b><u>Niederlande</u></b>			
<b>1994</b>	14,70%	10,50%	6,80%	<b>1994</b>	8,20%	4,80%	4,30%
<b>1995</b>	14,00%	8,90%	6,50%	<b>1995</b>	7,90%	4,80%	4,10%
<b>1996</b>	14,80%	9,70%	6,70%	<b>1996</b>	7,00%	4,50%	3,50%
<b>1997</b>	15,00%	9,60%	7,10%	<b>1997</b>	k. A.	k. A.	k. A.
<b>1998</b>	14,90%	9,50%	6,60%	<b>1998</b>	6,20%	3,20%	2,30%
<b><u>Deutschland</u></b>				<b><u>Schweden</u></b>			
<b>1994</b>	13,90%	8,80%	5,40%	<b>1994</b>	8,80%	7,60%	3,60%
<b>1995</b>	13,30%	7,90%	4,90%	<b>1995</b>	10,10%	8,70%	4,50%
<b>1996</b>	14,20%	8,90%	5,20%	<b>1996</b>	10,80%	9,60%	4,80%
<b>1997</b>	16,70%	10,00%	5,70%	<b>1997</b>	11,90%	9,40%	5,20%
<b>1998</b>	16,60%	10,80%	5,60%	<b>1998</b>	10,40%	7,20%	3,60%
<b><u>Großbritannien</u></b>				<b><u>USA</u></b>			
<b>1994</b>	13,00%	8,30%	3,90%	<b>1994</b>	12,60%	6,20%	3,20%
<b>1995</b>	12,20%	7,40%	3,70%	<b>1995</b>	10,00%	5,00%	2,70%
<b>1996</b>	10,90%	7,10%	3,50%	<b>1996</b>	10,90%	5,10%	2,40%
<b>1997</b>	11,10%	5,90%	2,90%	<b>1997</b>	10,40%	4,80%	2,30%
<b>1998</b>	10,50%	5,00%	2,60%	<b>1998</b>	8,50%	4,40%	2,10%

niedrig: niedrige Sekundarstufe oder darunter; mittel: höhere Sekundarstufe; hoch: Bildungsstand oberhalb höherer Sekundarstufe.

Quelle: OECD.

Aus Tab. 3 wird weiterhin ersichtlich, daß die gering qualifizierten Arbeitnehmer über die OECD-Länder hinweg besonders ausgeprägt von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dies ist in hochentwickelten Volkswirtschaften, in denen Humankapital eine stark wachsende Bedeutung zukommt, wohl auch gar nicht zu vermeiden. Im direkten Vergleich fällt aber erneut auf, daß die Arbeitslosenrate 1998 in den USA mit 8,5% in der Gruppe der niedrig qualifizierten Arbeitnehmer beinahe nur halb so groß ausfällt wie in Deutschland, wo immerhin 16,6% der niedrig qualifizierten Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Zwar steht dem gegenüber, daß die staatlichen Transferzahlungen an diese gering qualifizierten Arbeitslosen hierzulande weitaus großzügiger ausfallen. Es ist aber mehr als fraglich, ob man den gering qualifizierten Arbeitslosen tatsächlich einen Gefallen erweist, wenn man sie in einer recht großzügig ausgestalteten Arbeitslosigkeitsfalle, also in einer Art goldenem Käfig gefangen hält.

Berücksichtigt man, daß marktverwertbares Humankapital im Erwachsenenalter primär „on the job“ gebildet wird, dann mindert dies eindeutig die Lebenschancen der betroffenen Individuen auch relativ zu einer Situation wie in den USA. Dort wird zwar gering qualifizierten Arbeitnehmern bisweilen ein Lohn gezahlt, der unter dem liegt, was hierzulande als „sozial gerecht“ erscheinen mag. In dynamischer Perspektive erhalten die betroffenen Individuen aber dadurch eher eine Chance, mittelfristig wieder auf eigenen Beinen zu stehen, was natürlich auch mit entsprechenden positiven Effekten auf das Selbstwertgefühl einhergeht.

Zwar zeichnet sich gegenwärtig eine leichte Entspannung der Situation auf dem Arbeitsmarkt ab. Diese Verbesserung hat jedoch vor allem drei Ursachen, welche alleamt in längerfristiger Perspektive wenig ermutigend sind. Erstens war schon seit längerem zu erwarten, daß auch hierzulande die Konjunktur nach langanhaltender Durststrecke im Schlepptau Amerikas wieder einmal anziehen würde. Dies ist im Verlauf des Jahres 2000 ohne Zweifel geschehen. Allerdings verdüstert sich der Konjunkturm Himmel auch aufgrund der nachlassenden Expansion in den USA schon wieder und es vergeht kaum eine Woche, in der nicht die Wachstumsprognosen für das Jahr 2001 wieder nach unten korrigiert werden. Ein selbsttragender Aufschwung oder gar substantielle strukturelle Verbesserungen sind nicht in Gang gesetzt worden, so daß von daher keine anhaltende Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt erwartet werden kann.

Zweitens trägt die demographische Entwicklung zunächst einmal zu einer Entspannung der Situation auf dem Arbeitsmarkt bei, weil eher geburtenschwache Jahrgänge neu in den Arbeitsmarkt gelangen, während eher geburtenstarke Jahrgänge in Rente gehen. Dies stellt allerdings keine echte Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt dar, weil den Gewinnen an der Arbeitsmarktf ront entsprechende Verluste an der Front der Systeme der sozialen Sicherung, insbesondere der Rentenversicherung gegenüberstehen. Das sich dramatisch verschlechternde Verhältnis von Erwerbstätigen zu Rentnern ist ja gerade eine der Kernursachen für die Krise der umlagefinanzierten Rentenversicherung. Es steht zu befürchten, daß der dadurch erzielte Abbau der Arbeitslosigkeit aufgrund von unausweichlichen Anhebungen der Sozialbeiträge und von Steuererhöhungen zur Finanzierung der Renten wieder rückgängig gemacht wird.

Drittens wird ein erheblicher Teil der tatsächlich vorhandenen Arbeitslosigkeit gerade in den Neuen Bundesländern in den zahlreichen Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik versteckt. Es ist aber aufgrund der bisherigen Bilanz dieser Programme kaum zu erwarten, daß ein nennenswerter Prozentsatz der Teilnehmer an diesen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik je wieder in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden kann (Berthold und Fehn, 1997; Calmfors und Skedinger, 1995). Es kann davon ausgegangen werden, daß zu den offiziell registrierten Arbeitslosen daher noch rund 1,5 Millionen in diesen Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik versteckte Arbeitslose hinzuaddiert werden müssen. Wie sich aber immer stärker aus den diesbezüglichen wissenschaftlichen Untersuchungen herauskristallisiert, sind die allermeisten dieser Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht dazu geeignet, die Teilnehmer wieder an den regulären Arbeitsmarkt heranzuführen. Vielmehr handelt es sich häufig um eine Art Karussell, in dem sich die Mitfahrer zwischen Bezug von Arbeitslosenunterstützung und Teilnahme an Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik als dauerhaft Langzeitarbeitslose hin- und herbewegen, ohne jemals wieder ernsthaft mit dem regulären Arbeitsmarkt in Berührung zu kommen (Berthold, Fehn und von Berchem, 2001). Die Finanzierung dieser Programme trägt aber mit dazu bei, die Kosten der regulären Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt in die Höhe zu treiben und das dort realisierbare Beschäftigungsvolumen zu verringern sowie den Sozialstaat unfinanzierbar zu machen.

Eine nachhaltige Entspannung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist also nicht in Sicht und wird wohl auch ohne durchgreifende strukturelle Reformen auf dem Arbeitsmarkt und dem Sozialstaat, aber auch auf dem Güter- und Kapitalmarkt sowie in der Ausgestaltung des Steuersystems kaum zu erreichen sein. Nur ein umfassendes Set an komplementären strukturellen Reformen in all diesen Bereichen wird eine echte Trendwende auf dem Arbeitsmarkt hin zu mehr Beschäftigung und hin zu einem nachhaltigen Abbau der Massenarbeitslosigkeit bewirken können (Fehn, 2001).

## **b) Krise des Sozialstaats**

Angesichts der anhaltenden Beschäftigungsmisere kann es nicht verwundern, daß auch der Sozialstaat hierzulande von einer Krise in die nächste schlittert. Erstens steigen natürlich mit wachsender Arbeitslosigkeit die Ansprüche an den Sozialstaat, so daß er von der Ausgabenseite her unter Druck gerät. Zweitens knüpfen aber auch die Einnahmen des Sozialstaates hierzulande über die Sozialabgaben unmittelbar an die reguläre Erwerbstätigkeit an. Sie setzt damit direkt auf das Vorhandensein einer ausreichenden Anzahl abhängig Beschäftigter mit stetiger Erwerbsbiographie. Es ist somit sofort klar, daß der Sozialstaat hiesiger Prägung von der Ausgaben- und der Einnahmeseite in die Zange genommen wird, weil zusätzlich zum Problem der Massenarbeitslosigkeit auch noch festzustellen ist, daß die Erwerbsbiographien unstetiger werden und unterschiedliche Formen der Selbständigkeit für die Individuen immer vorteilhafter werden. Dies ist insofern fatal, als gerade jetzt, in einer Phase des wirtschaftlichen Umbruchs und des rasanten strukturellen Wandels, ein wohlfunktionierender Sozialstaat besonders wichtig wäre. Tatsächlich ist es aber so, daß ein Teufelskreislauf aus wachsender Arbeitslosigkeit und steigenden Steuern und Abgaben in Gang gekommen ist und der Sozialstaat sich damit letztlich selbst den Ast absägt, auf dem er sitzt.

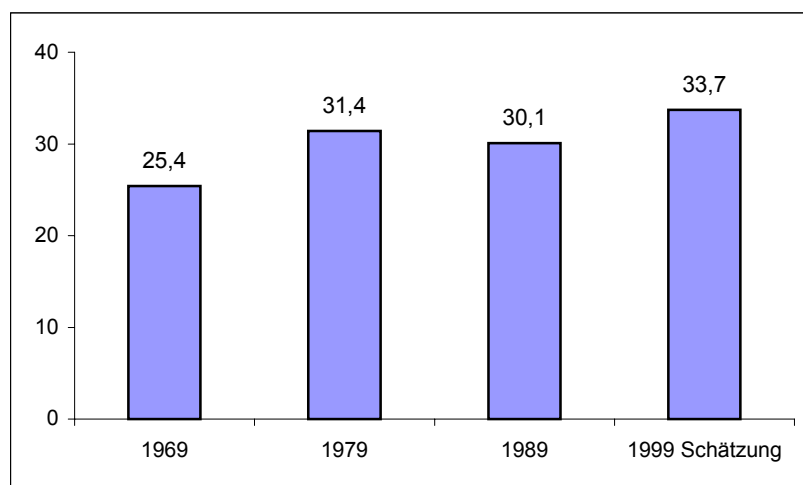
Die Staatsquote bewegt sich hierzulande hartnäckig weit über 40% und sie streift auch immer wieder die für eine Marktwirtschaft wirklich kritische Grenze von 50%. Sie liegt damit weit über dem Niveau in den angelsächsischen Ländern USA und Großbritannien, in denen der Staat dem privaten Sektor deutlich mehr Spielraum zur Entfaltung mit entsprechenden positiven Auswirkungen auf die wirtschaftliche Dynamik gibt. Hierzulande legt sich hingegen mittlerweile der aufgeblähte staatliche Sektor wie Mehltau auf die wirtschaftlichen Aktivitäten der privaten Akteure.

Abb. 3 zeigt, daß die Sozialleistungen in Prozent des BIP in Deutschland seit Ende der 60er Jahre erheblich gestiegen sind. Vor allem wurde die Konsolidierungsphase in den 80er Jahren durch die Wiedervereinigung wieder mehr als rückgängig gemacht und die Sozialleistungsquote hat sich mittlerweile bei deutlich über 30 Prozent eingependelt. Damit liegt sie auf einem ähnlichen Niveau wie etwa in Frankreich, aber eben



deutlich über den beschäftigungspolitisch erfolgreicheren angelsächsischen Ländern USA und Großbritannien, wobei der Abstand sogar eher größer als kleiner wird (Institut der Deutschen Wirtschaft, 2000). Die Belastung regulärer Erwerbstätigkeit mit immer höheren Sozialabgaben ist aber neben einer wenig beschäftigungsorientierten Lohnpolitik der Gewerkschaften der Hauptgrund dafür, warum die Arbeitskosten trotz Massenarbeitslosigkeit immer weiter in die Höhe getrieben werden.

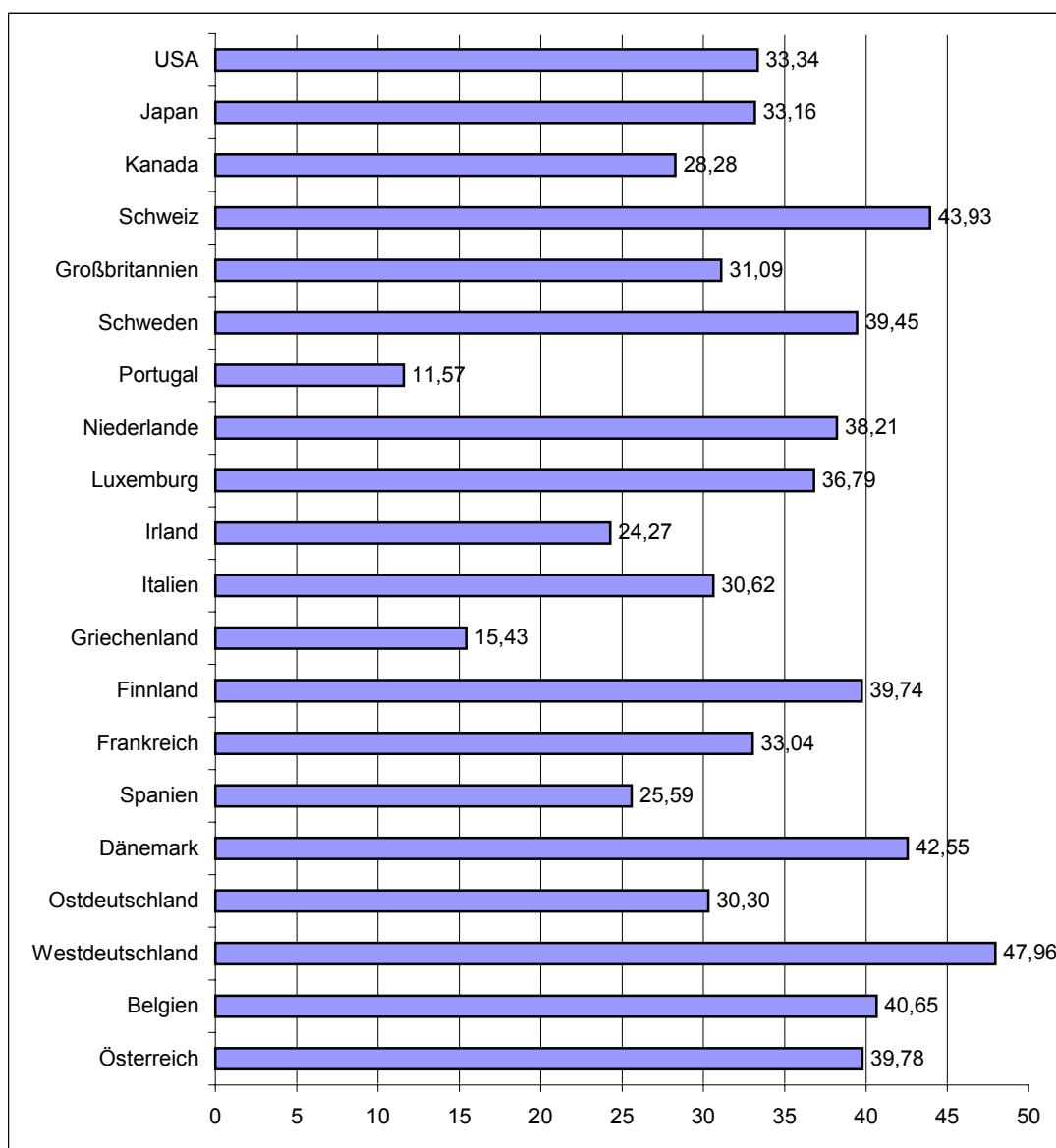
**Abb. 3: Sozialeleistungen in Deutschland in % des BIP**



Quelle: Bundesministerium für Arbeit.

Abb. 4 spiegelt diese Tatsache wider, die Arbeitskosten je Stunde in der Industrie liegen in den alten Bundesländern weit über dem Niveau etwa in den USA oder auch in Großbritannien. Aber selbst die Neuen Bundesländer weisen für 1998 Arbeitskosten in der verarbeitenden Industrie auf, die nur unwesentlich unter denjenigen in den angelsächsischen Ländern oder auch in Frankreich liegen. Dies hat unweigerlich zur Folge, daß die Unternehmungen mehr auf Rationalierungs- als auf Erweiterungsinvestitionen setzen, was zwar die Lohnstückkostenentwicklung im Zaum hält, aber zu weiterem Beschäftigungsabbau führt.

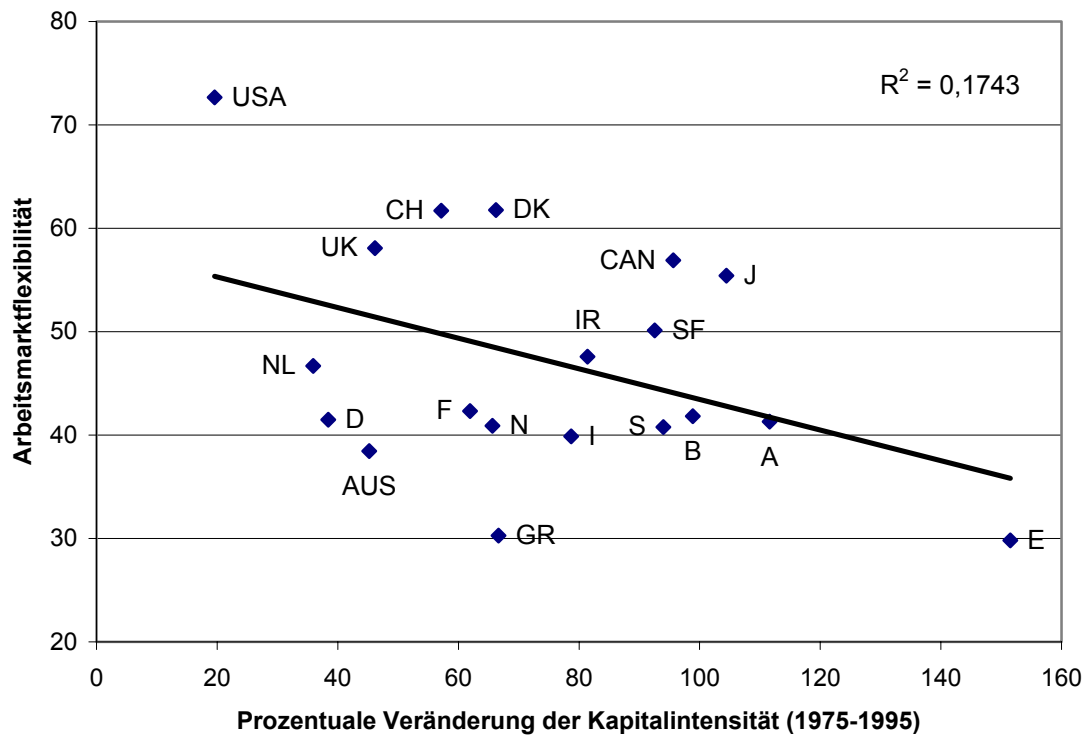
**Abb. 4: Arbeitskosten in der Verarbeitenden Industrie (1998 in DM)**



Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft (2000).

Diese Überlegungen lassen sich dadurch belegen, daß der Anstieg der Kapitalintensität über die OECD-Länder hinweg dort besonders groß ausfällt, wo der Arbeitsmarkt gemessen am gesetzlichen Kündigungsschutz und an der Reallohnflexibilität wenig flexibel ausfällt (Abb. 5).

**Abb. 5: Arbeitsmarktflexibilität und Veränderung der Kapitalintensität**

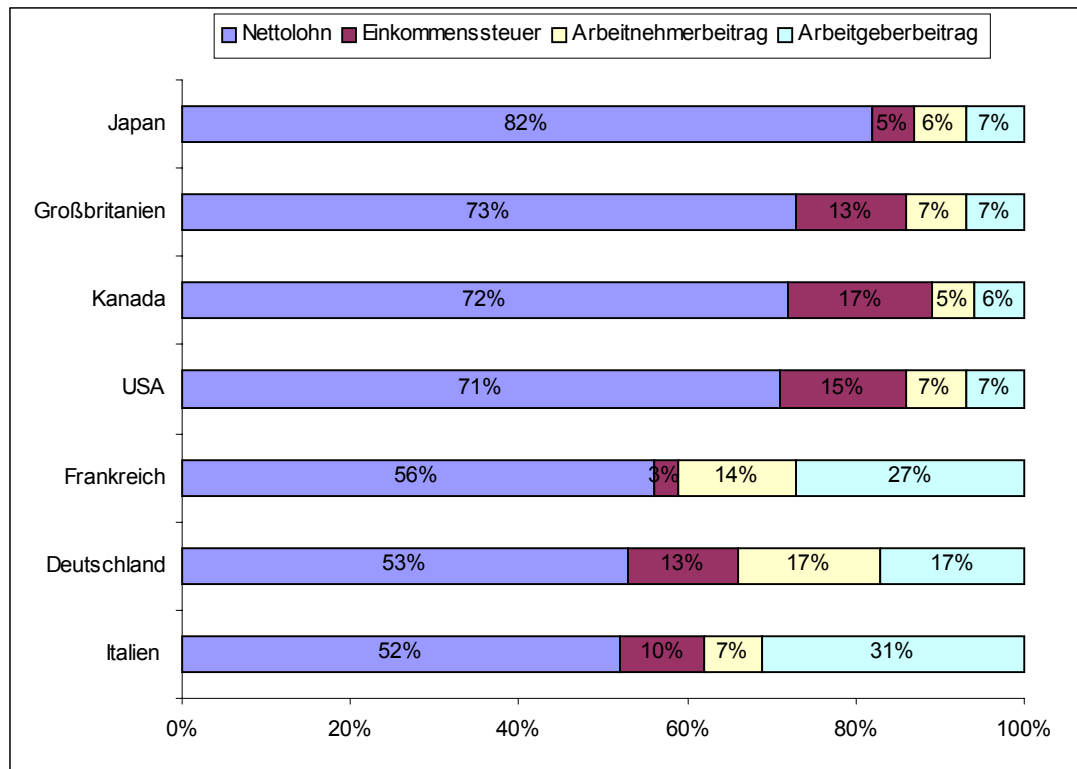


Quellen: Di Tella und McCulloch (1998) und OECD.

Der Teufelskreislauf aus wachsender Arbeitslosigkeit und steigenden Steuern und Abgaben hat mittlerweile in den kontinentaleuropäischen Ländern sogar dazu geführt, daß selbst bei den gering qualifizierten Arbeitnehmern fast die Hälfte der Bruttolohnkosten für den Arbeitgeber von Sozialabgaben und Einkommensteuerzahlungen verschlungen wird, wohingegen in den angelsächsischen Ländern diese Belastung wesentlich geringer ausfällt und dementsprechend die Arbeitsanreize auch ausgeprägter sind (Abb. 6). Berücksichtigt man zusätzlich noch, daß die Transferenzugsrate hierzulande beim Übergang von der Arbeitslosigkeit in die reguläre Erwerbstätigkeit nahe bei hundert Prozent liegt, dann wird unmittelbar klar, daß die Grenzbelastung in diesem Bereich unerträglich groß und in höchstem Maße beschäftigungsvernichtend ist. Insgesamt kann es vor diesem Hintergrund nicht verwundern, daß hierzulande mittlerweile eine Dauerdiskussion darüber entbrannt ist, ob und wie der Sozialstaat zu reformieren ist, was nicht ohne Rückwirkungen auf die Glaubwürdigkeit gerade der Versicherungskomponenten des Sozialstaates, also etwa der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt. Der Sozialstaat ist mittlerweile durch seine übermäßige Expansion und fehlende Anpassung an veränderte ökonomische Rahmenbedingungen inhärent insta-

bil geworden. Die bislang unternommenen und geplanten Reformen bleiben offensichtlich weit hinter den ökonomischen Notwendigkeiten zurück und sind allenfalls Stückwerk und ein Herumkurieren an Symptomen, nicht aber ein dauerhafter Neuanfang.

**Abb. 6: Keil aus Steuern und Abgaben im Niedriglohnbereich (1996)**



Quelle: OECD.

### c) Globalisierung

Es wird immer häufiger die Frage gestellt, ob die „Soziale Marktwirtschaft“ im Zeitalter der Globalisierung überhaupt noch ein tragfähiges Konzept ist. Da dies bisweilen recht skeptisch beurteilt wird, tauchen Forderungen nach einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ auf, ohne daß auch nur in Ansätzen klar wird, was darunter genau zu verstehen ist. Insbesondere ist noch völlig offen, wo die Unterschiede zur ursprünglichen Konzeption liegen sollen und wie weit die Annäherung an das angelsächsische Modell erfolgen soll. Bevor man sich aber auf diesbezügliche Überlegungen einläßt, sollte zunächst einmal geklärt werden, was unter dem Schlagwort der Globalisierung

zu verstehen ist, und ob die Aufmerksamkeit, welche diesem Phänomen zu Teil wird, angesichts der Datenlage überhaupt gerechtfertigt erscheint.

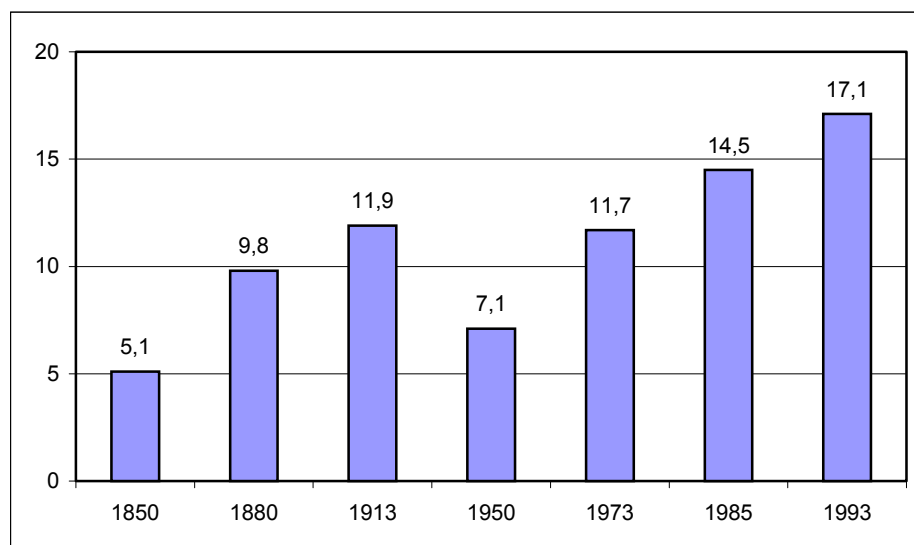
Unter dem Prozeß der Globalisierung wird üblicherweise verstanden, daß die nationalen Volkswirtschaften immer stärker zusammenwachsen und sich miteinander über den intensiven Austausch von Waren und Dienstleistungen, sowie über Wanderungen der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit und natürlich auch Wissen vernetzen. All dies hat einen intensiven und wesentlich schnelleren Wissenstransfer zwischen den Ländern zur Folge. Sie werden also letztlich zu offenen Volkswirtschaften mit allen positiven und vielleicht auch negativen Konsequenzen. Die zentralen Triebkräfte dieses Globalisierungsprozesses sind der rasante technische Fortschritt sowie bewußte politische Entscheidungen zugunsten von Marktöffnung und Liberalisierung. Besonders zu erwähnen beim technischen Fortschritt sind die dramatisch gesunkenen Kommunikations- und Transportkosten. Das deutlich gestiegene Tempo des Informationsflusses erhöht die Transparenz und den Vollkommenheitsgrad der Märkte. Im Zeitalter des Internet wird die Welt, gerade was Wissen anbelangt, immer mehr zu einem Dorf, so daß man sich viel weniger als in der Vergangenheit auf einmal erlangten Wissensvorsprüngen ausruhen kann und die damit errungenen Monopolrenten in Ruhe abschöpfen kann. Aufgrund der größeren Reallohnelastizität der Arbeitsnachfrage sinkt damit aber eindeutig der Spielraum, die Lohnkosten über hohe Nettolöhne oder wachsende Steuern und Sozialabgaben in die Höhe zu treiben, ohne daß sich dies voll in einer Verringerung der Beschäftigung niederschlägt (Rodrik, 1997).

Die Globalisierung der Weltwirtschaft ist im Zeitraum 1985-1995 drastisch vorangeschritten (Beyfuß u.a., 1997). Sowohl der Umfang an Direkt- und Portfolioinvestitionen als auch der Austausch von Waren und Dienstleistungen ist weltweit gesehen weitaus stärker gewachsen als das weltweite Bruttoinlandsprodukt. Auffallend ist dabei, daß die Direktinvestitionen, welche im Gegensatz zu den Portfolioinvestitionen mit einem unternehmerischen Engagement einhergehen, im Durchschnitt dieser zehn Jahre am stärksten gewachsen sind. In diesem Kontext darf der Trend hin zu der Entstehung von Multinationalen Unternehmungen und Konzernen nicht unerwähnt bleiben. Aus deutscher Sicht sind die Fusion von Daimler und Chrysler sowie die feindliche Übernahme von Mannesmann durch Vodafone prominente Beispiele. Diese sogee-

nannten „global players“ treiben ohne Frage die Globalisierung maßgeblich voran. Die Portfolioinvestitionen, welche ja häufig als potentiell destabilisierend angesehen werden, weil das Kapital aus den entsprechenden Ländern wieder sehr schnell abgezogen werden kann, weisen hingegen erst in den 90er Jahren hohe Steigerungsraten auf, welche deutlich über dem Wirtschaftswachstum und der Zunahme des Außenhandels liegen.

Die Globalisierung ist allerdings im Gegensatz zu dem, was bisweilen in der öffentlichen Diskussion durchklingt, durchaus kein völlig neues Phänomen. Wie aus Abb. 7 ersichtlich ist, lag das globale Handelsvolumen relativ zum globalen Output 1913 auf einem Niveau, das erst 1973 ungefähr wieder erreicht wurde. Unmittelbar vor der Katastrophe des ersten Weltkriegs, welche ein in gewisser Hinsicht goldenes Zeitalter beendete, waren zumindest einige Teile des Globus schon über den Austausch von Waren und Dienstleistungen eng miteinander verflochten.

**Abb. 7: Globaler Handel relativ zum globalen BIP**



Quelle: Krugman (1995).

Gleiches gilt für die Kapitalströme, wie Tab. 4 zeigt. Vor allem die Commonwealth Länder Großbritannien, Australien und Kanada, aber auch ein Land wie Argentinien wiesen schon gegen Ende des letzten Jahrhunderts einen starken internationalen Kapitalaustausch auf, der interessanterweise bei den erwähnten Ländern sogar über dem heutzutage erzielten Niveau lag.

**Tab. 4: Kapitalverkehr seit 1870: Saldo der Leistungsbilanz (in % des BIP)**

	UK	USA	Argentinien	Australien	Kanada	Frankreich	Deutschland	Japan
1870-1889	4,6	0,7	18,7	8,2	7,0	2,4	1,7	0,6
1890-1913	4,6	1,0	6,2	4,1	7,0	1,3	1,5	2,4
1919-1926	2,7	1,7	4,9	4,2	2,5	2,8	2,4	2,1
1927-1931	1,9	0,7	3,7	5,9	2,7	1,4	2,0	0,6
1932-1939	1,1	0,4	1,6	1,7	2,6	1,0	0,6	1,0
1947-1959	1,2	0,6	2,3	3,4	2,3	1,5	2,0	1,3
1960-1973	0,8	0,5	1,0	2,3	1,2	0,6	1,0	1,0
1974-1989	1,5	1,4	1,9	3,6	1,7	0,8	2,1	1,8
1989-1996	2,6	1,2	2,0	4,5	4,0	0,7	2,7	2,1

Quelle: Baldwin und Martin (1999).

Insgesamt läßt sich also festhalten, daß der vieldiskutierte derzeitige Prozeß der Globalisierung zwar durchaus ein reales Phänomen ist, aber angesichts der Erfahrungen im goldenen Zeitalter vor dem ersten Weltkrieg nichts völlig neues darstellt. Vielmehr korrigiert die Entwicklung der letzten Jahrzehnte nur die wirtschaftliche Desintegration und die Autarkiebestrebungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die historische Betrachtungsweise zeigt aber auch, daß die Globalisierung nicht unumkehrbar und keineswegs zwangsläufig ein Selbstläufer ist. Aus ökonomischer Sicht ist der Globalisierungsprozeß aber auf jeden Fall positiv zu beurteilen, weil er ein weites Feld neuer Wachstums- und Beschäftigungschancen erschließt und auch bislang ärmeren Ländern bei geeigneten weltweiten Rahmenbedingungen die Chance gibt, sich selbst aus der Armutsfalle zu befreien und zu den wohlhabenderen Ländern aufzuschließen. Es gilt daher, dieses zarte Pflänzchen sorgfältig zu hüten und zu pflegen und vor dem Zertrampeln durch politökonomisch motivierte Interventionen zu schützen.

### **3. Was sind die Ursachen der Krise der sozialen Marktwirtschaft?**

Deutschland hat sich nach dem zweiten Weltkrieg für eine marktwirtschaftliche Ordnung mit sozialer Flankierung entschieden. Unter der Führung von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und von Ordnungstheoretikern wie Walter Eucken und Alfred Mül-

ler-Ahrmack wurde das Konzept von der „Sozialen Marktwirtschaft“ entworfen und versucht, in die Tat umzusetzen. Der Staat sollte dabei im Rahmen des marktwirtschaftlichen Gesamtsystems gerade keine Nachwächterrolle einnehmen, sondern die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems insbesondere durch das Setzen sinnvoller ordnungspolitischer Rahmenbedingungen, eine konsequente Wettbewerbspolitik und eine Politik des stabilen Geldes gewährleisten. Zwar wurde ein funktionierender Wettbewerb auf allen Märkten selbst als die beste Verteilungspolitik erachtet, dennoch war unbestritten, daß der Staat ein menschenwürdiges Dasein jedem Bürger garantieren sollte, und daß er bei dem damaligen Zustand der Versicherungs- und Kapitalmärkte mithelfen, ein System der sozialen Sicherung zu installieren. Insbesondere sollte der Staat demzufolge nur dann in den Marktprozeß eingreifen, wenn der Markt versagt oder die marktliche Lösung Mängel aufweist, und eine gute Chance besteht, daß der staatliche Eingriff zu besseren allokativen und/oder verteilungspolitischen Ergebnissen führt. Die Aufgaben des Sozialstaates wurden also in erster Linie darin gesehen, die Güter Sicherheit und Gerechtigkeit bereitzustellen, also die Individuen vor den zentralen Lebensrisiken Armut, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall und Langlebigkeit im Alter durch entsprechende Versicherungs- und Transferlösungen zu schützen, sofern der Markt dazu nicht effizient in der Lage ist (Berthold, 1997).

Aus diesem grundsätzlich plausiblen Ansatz hat sich aber über die Zeit hinweg ein umfassendes Netz an staatlich organisierten Versicherungssystemen in Deutschland entwickelt, welches die Individuen zwangsweise auf einem Niveau absichert, was deutlich über ein unabdingbares Mindestniveau hinausgeht. Dies ist um so problematischer, als die privaten Akteure sich mittlerweile weitaus kostengünstiger auf privaten Versicherungsmärkten etwa gegen Alter oder Krankheit versichern können, weil die Funktionsfähigkeit der Kapital- und Versicherungsmärkte seit Anfang der 50er Jahre erheblich gewachsen ist. Dies ist lediglich bei Arbeitslosigkeit und Armut nicht der Fall. Da Arbeitslosigkeit ein schwer versicherbares Risiko ist, erscheint es in diesem Bereich nach wie vor problematisch, allzusehr auf private Versicherungslösungen zu vertrauen. Obgleich dies natürlich keine Rechtfertigung für die Tatsache ist, daß bei der Arbeitslosenversicherung so gut wie keine Wahlmöglichkeiten bestehen. Ebenso ist aufgrund des offensichtlichen „free rider“-Problems die freiwillige Armenfürsorge nicht ausreichend, um Armutprobleme in einem Land zu vermeiden. Von daher ist



unbestritten, daß die Verhinderung von Armut heutzutage die zentrale Aufgabe des Sozialstaates darstellt (Berthold und Thode, 1998).

Ganz anders ist hingegen die Situation bei der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung zu beurteilen. Die deutlich gestiegene Funktionsfähigkeit der privaten Kapital- und Versicherungsmärkte hätte eigentlich gemäß dem Subsidiaritätsprinzip dazu führen müssen, daß man in diesen Bereichen verstärkt auf private Versicherungslösungen setzt. Allerdings ist angesichts des krakenartigen Ausgreifens des Sozialstaates und angesichts der ständigen Anhebungen der Beitragsbemessungsgrenzen in der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung eher das Gegenteil der Fall. Das tatsächliche Ausmaß der Expansion des Sozialstaates ist daher als ökonomisch unsinnig abzulehnen und es widerspricht auch der ursprünglichen Idee der Sozialen Marktwirtschaft. Die Individuen weigern sich daher auch folgerichtig zunehmend, bei diesem System mitzumachen, wobei ihnen die Globalisierung wachsende „exit“-Möglichkeiten einräumt. So führen etwa die offensichtlichen Renditevorteile einer Altersabsicherung über private Versicherungsmärkte zu einer „rette sich wer kann Bewegung“, also eines zunehmenden Aussteigens aus diesen Zwangssystemen, wann immer dies möglich ist. Der Staat versucht zwar, wie etwa bei den Scheinselbständigen, diese Schlupflöcher so gut er kann zu schließen, doch sind seine Bemühungen angesichts der erheblichen ökonomischen Anreize für die privaten Akteure, sich aus dem staatlichen Zwangssystem zu verabschieden, eher wenig von Erfolg gekrönt.

Zwei besonders aktuelle Beispiele sind der marode Zustand der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung. Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung stellt wie übrigens auch die Pflegeversicherung einen ungedeckten Scheck auf die Zukunft dar, welcher einem Kettenbrief nahekommt. Die ständigen diskretionären Eingriffe des Staates in das System und die erheblichen Umverteilungsaktivitäten innerhalb des Systems (z.B. Kindererziehungszeiten, Ausbildungszeiten und vor allem auch vorzeitiger Ruhestand ohne versicherungsmathematisch adäquate Abschläge) untergraben allesamt die Stabilität und Glaubwürdigkeit des Systems, weil sie das für jede Versicherung essentielle Äquivalenzprinzip zwischen der Leistung auf der einen Seite und der erwarteten Gegenleistung auf der anderen Seite eklatant verletzen.

Die Nichteinhaltung des Äquivalenzprinzips bedeutet, daß die Zahlungen in die Systeme der Sozialen Sicherung je nach Individuum schon ex ante deutlich größer oder natürlich auch kleiner ausfallen können als es versicherungsmathematisch richtig wäre. Das Einkommen und nicht etwa der Erwartungswert des Schadensfalles wird bei der Berechnung der zu zahlenden Beiträge zugrundegelegt. Dies begünstigt individuelles und kollektives „moral hazard“-Verhalten, so daß die Versicherungskosten im Zeitablauf unweigerlich ansteigen. Individuelles „moral hazard“-Verhalten wird insofern induziert, als es dadurch attraktiv wird, vorzeitig in Ruhestand zu gehen, etwa aus tatsächlichen oder vorgeschobenen gesundheitlichen Gründen. Kollektives „moral hazard“-Verhalten ist die Folge, weil die Gewerkschaften das Ventil der Frühverrentung mißbrauchen, um die Lasten einer aggressiven Lohnpolitik auf die Allgemeinheit zu überwälzen. Grundsätzlich gilt, daß die systematische Umverteilung über das Steuer- und Transfersystem erfolgen sollte und in den Systemen der sozialen Sicherung nichts zu suchen hat, weil diese Versicherungslösungen unter staatlicher Aufsicht und Leitung sein sollten.

Hinzu kommt erschwerend, daß die deutlich ungünstiger werdende Alterspyramide zusammen mit der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit die Finanzierungssituation nicht nur der Gesetzlichen Rentenversicherung, sondern der Systeme der Sozialen Sicherung insgesamt, dramatisch verschlechtern. Das ganze System der sozialen Sicherung ist daher auf Sand gebaut und wird unweigerlich, wenn nicht rechtzeitig drastisch von politischer Seite um- und gegengesteuert wird, in einem Fiasko zusammenbrechen. Je später aber nachhaltige Reformen erfolgen, desto schmerzhafter müssen die Eingriffe sein, und desto schwieriger wird es werden, die politökonomischen Hürden zu überwinden, welche einschneidenden strukturellen Reformen im Wege stehen.

Analog dazu findet auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung eine massive Umverteilung innerhalb des Systems zugunsten von Familien und zugunsten von Geringverdienern statt. Art und Umfang der Leistungen sind völlig losgelöst von den eingezahlten Beiträgen, so daß „moral hazard“-Verhalten der Versicherten, aber auch der Anbieter von Gesundheitsleistungen mit entsprechenden Kostensteigerungen die unweigerliche Konsequenz ist. Die Versicherten wollen ihre gezahlten Beiträge über eine verstärkte Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen zumindest wieder heraus-

holen, während die Leistungsanbieter im Gesundheitssystem selbst in der Lage sind, ein Anwachsen der Nachfrage nach Gesundheitsleistungen zu induzieren (Breyer und Zweifel, 1999).

Die angestrebte Umverteilung sollte aber aus allokativer Sicht über das Steuer- und Transfersystem erfolgen und nicht im Rahmen eines Versicherungssystems, dem noch dazu nicht einmal alle Bürger angehören. Bei dieser Ausgestaltung ist es jedenfalls alles andere als sicher, daß die Begünstigten auch wirklich bedürftig sind und die Belasteten tatsächlich zu der Gruppe der Wohlhabendsten gehören. Darüber hinaus ist der Marktmechanismus zur Kostenkontrolle total ausgehebelt. De facto handelt es sich um ein planwirtschaftliches System mit allen negativen Konsequenzen insbesondere in bezug auf Innovationen und Kostenkontrolle. Der technische Fortschritt wird einseitig in Richtung auf Produktinnovationen und weg von Verfahrensinnovationen gelenkt, welche kostensenkend wirken würden (Meier, 1994). Vor allem ist bemerkenswert, daß die Patienten die tatsächlich von ihnen verursachten Kosten nicht einmal ansatzweise kennen, geschweige denn, daß sie sich daran prozentual beteiligen. Die Schlagkraft der Medizinerlobby ist wohl aufgrund der Sensibilität des Bereiches Gesundheit und aufgrund der Intransparenz des Bereiches für den Außenstehenden enorm hoch. So ist es den Interessenvertretungen der Ärzte gelungen, eine Vielzahl von Markteintrittsbarrieren zu errichten (strenge Studienvoraussetzungen, Kassenärztliche Zulassung etc.) und die Insider gegen die Konkurrenz junger Ärzte nahezu vollständig abzuschirmen (Breyer und Zweifel, 1999). Es kann daher nicht verwundern, daß die Kosten im Krankenversicherungsbereich seit längerem schon hierzulande schneller als das Bruttoinlandsprodukt zunehmen, was längerfristig ohne Frage eine instabile Entwicklung darstellt.

Darüber hinaus gilt es zu berücksichtigen, daß der deutsche Sozialstaat in erster Linie mit sozialpolitischen Begründungen in die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes eingreift. Die im internationalen Vergleich großzügige Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung, des gesetzlichen Kündigungsschutzes und die hohen Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik tragen zusammen mit den nicht enden wollenden Subventionen an niedergehende Branchen dazu bei, die beschäftigungspolitische Verantwortung nachhaltig zu verwischen. Nicht mehr die Tarifvertragsparteien, sondern der

Staat wird hierzulande schon seit rund drei Jahrzehnten für die Beschäftigungsmisere verantwortlich gemacht. Dies entspricht aber gerade nicht einer ordnungspolitisch sinnvollen Zuordnung von Verantwortung, zumal wenn die Tarifvertragsparteien Tarifautonomie genießen. Als Konsequenz ist der beschäftigungsvernichtende Lohn- druck nicht nur zu groß, sondern die Löhne und Lohnstrukturen reagieren auch zu starr auf Datenänderungen wie Ölpreisschocks oder Veränderungen in der Struktur der Arbeitsnachfrage (Fehn, 1997). Die Tarifvertragsparteien vertrauen mit Erfolg darauf, daß sie die Kosten dieses gemeinwohlschädlichen Verhaltens auf die Gesellschaft insbesondere über den Sozialstaat abwälzen können. Dadurch wird aber die Finanzierungsbasis des Sozialstaates unterhöhlt, er wird von Einnahme- und von der Ausgabe- seite her in die Zange genommen.

Hinter all dem steckt letztlich ein politökonomisches Kalkül. Die Umverteilung innerhalb der Mittelklasse von den nicht ganz Reichen zu den nicht ganz Armen (Külp, 1975) erweist sich aus Sicht der politischen Entscheidungsträger, die ja vor allem auch wiedergewählt werden wollen, als ertragreich. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn für den Einzelnen die Verteilungswirkungen des gigantischen Umverteilungsapparates gar nicht zu durchschauen sind, so daß sich letztlich viele gerade in der wahlentscheidenden Mittelklasse fälschlicherweise für begünstigt halten, obwohl sie tatsächlich aufgrund des schrumpfenden gesamtwirtschaftlichen Kuchens nicht nur absolut, sondern vielleicht sogar relativ zu vielen Mitbürgern verlieren. In der Regel kommen die Begünstigungen gerade nicht den Ärmsten zugute, sondern spezifischen, einflußreichen Interessengruppen, wie etwa Landwirten, Werften oder dem Kohlebergbau, während die Finanzierungslast auf die anonyme Masse der Steuer- und Beitragszahler in der Mittelklasse abgewälzt wird. Der aufgeblähte Umverteilungsapparat wirkt also nicht nur effizienzmindernd, sondern er hat in der Regel nicht einmal eine Verbesserung der Verteilungsergebnisse zur Folge.

Der Preis, den die Gesellschaft für diesen immer größer werdenden sozialpolitischen Appetit des Staates zahlen muß, sind erhebliche allokativen Verzerrungen, eine geringe Bereitschaft der Unternehmungen, Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen, eine unbefriedigende Rate an Unternehmensgründungen und wachsende Schwarzarbeit. Der Sozialstaat hat sich immer mehr zu einem Umwälzstaat im Sinne von Buchanan ver-

wandelt, die Begünstigung bestimmter Personenkreise läßt zu einem permanentem „rent seeking“-Verhalten mit entsprechenden Effizienzverlusten ein (Berthold und Stettes, 2000; Buchanan, 1993). Aus all dem resultiert letztlich ein unzureichendes Wirtschaftswachstum und steigende Massenarbeitslosigkeit. Der Sozialstaat gefährdet also mit seinen überzogenen umverteilungspolitischen Aktivitäten seine eigene ökonomische Basis, weil er die Quellen des Wohlstands und des Beschäftigungswachstum zum Versiegen bringt. Damit einher geht eine zunehmende Ausbeutungsmentalität gegenüber den Systemen der sozialen Sicherung und eine zurückgehende Steuerehrlichkeit. Beides ist bei wachsenden Sozialabgaben, welche man dann aus dem System auch wieder herausholen möchte, und überhöhten Grenzsteuersätzen alles andere als verwunderlich.

Diese Entwicklung ist allerdings aufgrund des damit einhergehenden sukzessiven Anstiegs der Arbeitslosigkeit lebensgefährlich für den Sozialstaat, weil ein Teufelskreislauf aus wachsenden Steuern und Abgaben und steigender Arbeitslosigkeit in Gang gesetzt worden ist, der nur sehr schwer wieder zu durchbrechen ist. Es läßt sich somit als Zwischenergebnis festhalten, daß der Sozialstaat zweifelsohne viel zu dick geworden ist. Die Dauerkrise des Sozialstaates ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß er in den letzten Jahrzehnten immer mehr Aufgaben an sich gezogen hat, obwohl er im Gegenteil die privaten Akteure hätte stärker in die Eigenverantwortung entlassen müssen. Die Prinzipien der marktwirtschaftlichen Grundordnung und der Subsidiarität sind im Laufe der Zeit offensichtlich zunehmend in Vergessenheit geraten, so daß die immer heftiger werdenden Krisenanfälle des Sozialstaates hierzulande vor diesem Hintergrund eigentlich wenig überraschend sein sollten.

#### **4. Verschärft die Globalisierung die Krise?**

Der schon seit längerem zu beobachtende Prozeß der Globalisierung hat ohne Frage zu einer massiven Verschärfung des Standortwettbewerbs um die mobilen Produktionsfaktoren, also insbesondere noch ungebundenes Kapital, aber auch Humankapital geführt. Waren noch vor etwas mehr als zehn Jahren die kleinen Tiger in Südostasien angesiedelt, so kratzen ihre Klauen seit dem Fall des eisernen Vorhangs direkt an un-

sere Haustür in Mittel- und Osteuropa. Dies hat aber eine neue Dimension des Standortwettbewerbs eröffnet, weil die Transportkosten nun noch viel geringer sind und weil es nun verstärkt auch mittelständischen Unternehmungen möglich ist, ihre Produktion in Billiglohnländer in unmittelbarer Nähe der Hauptabsatzmärkte zu verlagern. Damit wird aber der gesamte ordnungspolitische Rahmen in den sklerotisierten kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten (Caballero und Hammour, 1998; Balakrishnan und Michelacci, 2001) durch die Globalisierung auf den Prüfstand gestellt. Der Sozialstaat ist bei voller Kapitalmobilität nur noch insoweit dauerhaft tragbar, als er Produktivitätsfortschritte auslöst, welche die mit einem Sozialstaat nahezu zwangsläufig einhergehenden Kostensteigerungen zumindest ausgleichen, wenn nicht überkompensieren. Ansonsten kommt es unweigerlich zu steigenden Lohnstückkosten, so daß die Unternehmungen übermäßig rationalisieren und/oder abwandern. Beides ist zwangsläufig mit weiter steigender Massenarbeitslosigkeit verbunden und unterminiert daher die Stabilität des Sozialstaates.

Die aufgeblähte Umverteilungsmaschinerie innerhalb der Systeme der sozialen Sicherung sowie die Umverteilung von der rechten in die linke Tasche innerhalb der Mittelklasse löst aber keineswegs entsprechende Produktivitätsfortschritte aus, welche die Kostensteigerungen kompensieren könnten. Politökonomische und nicht alloкатive Motive stehen hier Pate. Hingegen sichert die Vermeidung von wirklicher Armut den sozialen Frieden und sie senkt die Kriminalität. Darüber hinaus wird dadurch auch die Risikobereitschaft der Individuen erhöht, weil sie wissen, daß sie im Mißerfolgsfall nicht ins Bodenlose fallen. Eine Grundsicherung, welche allen Bürgern eines Landes ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht, ist also ohne Frage auch im Zeitalter der Globalisierung noch möglich und sinnvoll, weil mobiles Kapital bereit ist, diese Kosten aufgrund der dadurch induzierten erheblichen positiven Produktivitätseffekte zu tragen (Fehn und Thode, 1997). Das Gleiche gilt für eine staatliche Förderung von Bildungs- und Infrastrukturinvestitionen sowie der Grundlagenforschung.

Weiterhin gilt es zu berücksichtigen, daß sich die Präferenzen in bezug auf den gewünschten Grad der Umverteilungsaktivitäten zwischen den Ländern unterscheiden. Insbesondere aufgrund von historischen Prozessen streben die Einwohner mancher Länder ein egalitäreres Einkommensniveau an als es anderswo üblich ist (Sen, 1997).

Entspricht der Grad der Einkommensnivellierung aber den ex post Präferenzen der Bürger eines Staates, dann entsteht von daher keine Tendenz hin zum „exit“, sei es in Form von Schwarzarbeit oder Kapitalabwanderung. Eine präferenzkonforme Umverteilungspolitik ist also auch bei offenen Märkten voll und ganz möglich.

Hingegen stellt die Globalisierung all jene Maßnahmen auf einen verschärften Prüfstand, welche die genannten Kriterien nicht erfüllen. Die Globalisierung verschärft den Druck, ohnehin langfristig unumgängliche, aber in einer Demokratie eben nur sehr schwer durchsetzbare strukturelle Reformen im Bereich des Sozialstaates und auch bei den institutionellen Regulierungen insbesondere des Arbeitsmarktes endlich anzupacken. Sie ist also nicht die eigentliche Ursache der Krise, sondern eher der Bote, welcher die schlechte Nachricht überbringt, daß es nicht so weitergehen kann wie bisher. Die Krise der kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten ist daher nicht ursächlich auf exogene Schocks wie die Globalisierung oder den arbeitssparenden technischen Fortschritt zurückzuführen, sondern vielmehr in erster Linie auf vielfältige Konstruktionsfehler der Wohlfahrtsstaaten. Insofern ist der rasch voranschreitende Prozeß der Globalisierung auf jeden Fall positiv zu sehen, weil dadurch am ehesten der politische Reformstau durchbrochen wird und die unumgängliche Entschlackungskur für den dickleibig gewordenen Sozialstaat angegangen wird.

Vermeintliche Freunde des Sozialstaates und des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft schlagen höhere Steuern zur Finanzierung des Sozialstaates (also etwa Ökosteuern) und eine Eindämmung des internationalen Standortwettbewerbs etwa durch internationale Mindeststandards als Lösungen vor. Höhere Steuern sind jedoch gerade kein Ausweg aus der Misere, weil dadurch die Belastung der mobilen Produktionsfaktoren letztlich nicht sinkt und daher allenfalls kurzfristig der Reformdruck abgemildert wird. Derartige Umfinanzierungstricks können ein Land nicht wirklich besser für den internationalen Standortwettbewerb wappnen. Eine Hinwendung zu protektionistischen Maßnahmen, um dadurch den Reformdruck zu lindern, wäre ebenfalls ganz klar ein Irrweg. Alle Arten von Handelshemmnissen und von Beschränkungen des internationalen Austausches von Waren, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren machen langfristig gesehen alle beteiligten Akteure ärmer (Berthold und Hilpert, 1999).

Europa und Deutschland sollten sich vielmehr offensiv dem schärfer gewordenen Standortwettbewerb stellen, und nicht versuchen, ihn durch Abschottung und durch Kartellösungen einzudämmen. Eine Politik der weitgehenden Steuerharmonisierung sowie zentral festgelegter sozialer Mindeststandards ist daher ganz klar abzulehnen. Der ordnungspolitische Sündenfall der Entsenderichtlinie im Baubereich darf auf keinen Fall Schule machen. Dadurch wird der Sozialstaat lediglich in Sicherheit gewogen und das dringend notwendige Fitneßprogramm wird noch weiter zeitlich hinausgeschoben mit allen negativen Konsequenzen. Die sich aus der Globalisierung ergebende Chance, die Güter Sicherheit und Gerechtigkeit effizienter als bisher herzustellen, sollte vielmehr zügig und konsequent genutzt werden.

## **5. Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen: Läßt sich der Zielkonflikt zwischen Effizienz und Gerechtigkeit auflösen?**

Bisweilen wird der Eindruck erweckt, daß nahezu zwangsläufig ein Zielkonflikt zwischen ökonomischer Effizienz und sozialer Gerechtigkeit herrscht, und daß dieser Zielkonflikt durch die Globalisierung noch verschärft wird, weil das gleiche Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit etwa in bezug auf die Einkommensverteilung mit noch größeren Effizienzeinbußen als bisher schon einhergeht. Häufig läßt sich dieser Zielkonflikt aber bei der Wahl der richtigen wirtschaftspolitischen Instrumente sehr wohl eindämmen, wenn nicht gar ganz vermeiden. Eine ökonomisch sinnvolle Ausgestaltung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen ist zunächst einmal die beste Sozialpolitik, weil dadurch in erster Linie die Individuen selbst in die Lage versetzt werden, sich weiterzuhelfen und Armutssituationen zu vermeiden. Es gilt also vor allem für intensiven Wettbewerb auf allen Märkten, also dem Arbeits-, Güter- und dem Kapitalmarkt zu sorgen, um so verkrustete und vermachtete Strukturen aufzubrechen oder erst gar nicht entstehen zu lassen. Intensiver Wettbewerb garantiert am ehesten, daß noch Außenstehende, wie etwa Arbeitslose und potentielle Unternehmensgründer, eine Chance erhalten, erfolgreich in die entsprechenden Märkte einzutreten und morgen auf eigenen Beinen zu stehen. Jeder hat dann immer wieder selbst die Chance, sich aus Notsituationen zu befreien und ist nicht wie bei segmentierten und überregulierten



Märkten von vornherein und dauerhaft auf staatliche Hilfe angewiesen. Dieses Kernelement erfolgversprechender und nachhaltiger Sozialpolitik ist aber sehr wohl auch bei globalisierten Märkten realisierbar.

Allokativ effiziente Maßnahmen können also durchaus zu mehr und müssen nicht zu weniger sozialer Gerechtigkeit führen. Besonders anschaulich läßt sich dies in der Verbindung zwischen dem Arbeitsmarkt und den Systemen der Sozialen Sicherung erläutern. Das beste Programm zur Vermeidung von Armut und zur Stabilisierung des Sozialstaates ist ohne Frage eine nachhaltige Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Bislang ist aber in der wirtschaftspolitischen Diskussion der Zusammenhang zwischen einer stärkeren Kapitalfundierung der Alterssicherung, welche auf jeden Fall zur Stabilisierung des Rentenversicherungssystems notwendig ist, und mehr Beschäftigungswachstum weitgehend ausgeblendet worden. Ein Ausbau der Kapitalfundierung des Alterssicherungssystems ermöglicht ein stärkeres Wachstum von Pensionfonds. Läßt man aber echte Pensionsfonds nach angelsächsischem Vorbild zu, dann könnten diese analog zu der Situation in den USA zum primären Anbieter von Risikokapital werden und damit das Wachstum und die Funktionsfähigkeit des Risikokapitalmarktes in Deutschland noch einmal deutlich beflügeln. Ein größerer und besser funktionierender Risikokapitalmarkt hat aber wiederum zur Konsequenz, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt signifikant verbessert, wie neuere empirische Untersuchungen deutlich belegen (Belke und Fehn, 2000).

Dies hängt mit dem zu beobachtenden strukturellen Wandel hin zum Dienstleistungs-, informations- und biotechnologischen Sektor zusammen, wo Finanzierungsrestriktionen gerade die Entstehung von neuen Unternehmen und das Wachstum von kleinen und jungen Unternehmen behindern. Ein gut funktionierender Risikokapitalmarkt ist in diesem entstehenden Umfeld der „new economy“ für die Schaffung neuer Arbeitsplätze insbesondere deshalb wichtig, weil die Unternehmungen häufig in sogenannte „intangible assets“ investieren, wie etwa das Humankapital der Mitarbeiter oder die EDV-Ausstattung, welche schlecht als Sicherheiten im Rahmen einer Kreditfinanzierung dienen können. Auch das zu beobachtende volatilere wirtschaftliche Umfeld wirkt in diese Richtung, weil Kapitalanbieter bei steigenden Ausfallrisiken immer weniger bereit sind, zu einem fixen, vorab vereinbarten Zinssatz Fremdkapital für ei-

nen längeren Zeitraum zur Verfügung zu stellen (Acemoglu, 2000; Bundesbank, 2000; Fehn, 2001).

Insgesamt läßt sich somit festhalten, daß die Globalisierung nicht die eigentliche Ursache für die Krise der Wohlfahrtsstaaten kontinentaleuropäischen Zuschnitts ist. Vielmehr beschleunigt sie nur den Zusammenbruch von Institutionen, welche im Laufe der Zeit aufgrund von politischen Entscheidung und aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ohnehin ineffizient geworden sind. Sie ist also letztlich nur der Bote, der die schlechte Nachricht überbringt, daß die über Jahrzehnte erfolgte schleichende Verstaatlichung der Wirtschaft und Sozialisierung eigentlich von den privaten Akteuren selbst zu tragender Risiken so nicht weitergehen kann und einschneidende Reformen sowie Eingriffe in liebgewonnene Besitzstände dringend erforderlich sind. Effizienzsteigernde Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft, wie vor allem eine soziale Grundsicherung, oder aber auch die staatliche Förderung von Bildung, Grundlagenforschung und Infrastruktur, können aber sehr wohl auch im Zeitalter der Globalisierung aufrecht erhalten werden. Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft in seiner ursprünglichen Form ist also keineswegs gescheitert, sondern vielmehr benötigen die kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten und insbesondere Deutschland lediglich eine ordnungspolitische Generalüberholung.

## Literaturverzeichnis

- Acemoglu, D. (2000), Credit Market Imperfections and Persistent Unemployment, NBER Working Paper 7938.
- Balakrishnan, R. und C. Michelacci (2001), Unemployment Dynamics across OECD Countries, in: *European Economic Review* 45, S. 135-165.
- Baldwin, R. und P. Martin (1999), Two Waves of Globalization: Superficial Similarities, Fundamental Differences, in: Siebert, H. (Hrsg.), *Globalization and Labor*, Tübingen, S. 3-58.
- Belke, A. und R. Fehn (2000), Institutions and Structural Unemployment: Do Capital-Market Imperfections Matter, Center for European Studies Working Paper Series, Program for the Study of Germany and Europe, Working Paper No. 00.8, Harvard University, Cambridge MA.
- Berthold, N. (1997), *Der Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung*, Tübingen.
- Berthold, N. und R. Fehn (1997), Aktive Arbeitsmarktpolitik - wirksames Instrument der Beschäftigungspolitik oder politische Beruhigungsspielle? In: *ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. 48: Soziale Marktwirtschaft - Anspruch und Wirklichkeit seit fünfzig Jahren, S. 411-435.
- Berthold, N., Fehn, R. und E. Thode (1998), Fallende Lohnquote und steigende Arbeitslosigkeit: Ist das „Ende der Bescheidenheit“ die Lösung? In: *Wirtschaftsdienst* 78, S. 736-742.
- Berthold, N., Fehn, R. und E. Thode (2000), Falling Labor Share and Rising Unemployment: Long-Run Consequences of Institutional Shocks? Center for European Studies Working Paper Series, Program for the Study of Germany and Europe, Working Paper No. 00.2, Harvard University, Cambridge MA.
- Berthold, N., Fehn, R. und S. von Berchem (2001), Innovative Beschäftigungspolitik – Wege aus der Strukturkrise, erscheint demnächst.
- Berthold, N. und J. Hilpert (1999), Sozialstandards unter globalem Druck: erhalten, senken, erhöhen? In: Berg, H. (Hrsg.), *Globalisierung der Wirtschaft: Ursachen – Formen – Konsequenzen*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Band 263, Berlin, S. 127-156.
- Berthold, N. und O. Stettes (2000), Globalisierung und Strukturwandel – droht das Ende des Sozialstaates? In: Theurl, E. (Hrsg.), *Der Sozialstaat an der Jahrtausendwende – Analyse und Perspektiven*, Heidelberg, S. 247-272.
- Berthold, N. und E. Thode (1998), Globalisierung – Drohendes Unheil oder schöpferische Zerstörung für den Sozialstaat? In: Knappe, E. und N. Berthold (eds.), *Ökonomische Theorie der Sozialpolitik*, Heidelberg: 319-360.
- Beyfuß, J. u.a. (1997), *Globalisierung im Spiegel von Theorie und Empirie*, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln.
- Breyer, F. und P. Zweifel (1999), *Gesundheitsökonomie*, 3. Auflage, Berlin.
- Buchanan, J.M. (1993), How Can Constitutions Be Designed so that Politicians Who Seek to Serve Public Interest Can Survive and Prosper, in: *Constitutional Political Economy*, No. 4 (1), S. 1-6.
- Bundesbank (2000), Der Markt für Wagniskapital in Deutschland, Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Oktober, S. 15-29.
- Caballero, R. und M. Hammour (1998), The Macroeconomics of Specificity, in: *Journal of Political Economy* 106, S. 724-767.

- Calmfors, L und P. Skedinger (1995), Does Active Labour-Market Policy Increase Employment? In: Oxford Review of Economic Policy 11 (1), S. 91-109.
- Di Tella, R. und R. MacCulloch (1998), The Consequences of Labour Market Flexibility: Panel Evidence Based on Survey Data, mimeo.
- Fehn, R. (1997), Der strukturell bedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa: Ursachen und Lösungsansätze, Baden-Baden.
- Fehn, R. (2001), Schöpferische Zerstörung und struktureller Wandel: Wie beeinflussen Kapitalbildung und Kapitalmarktunvollkommenheiten die Beschäftigungsentwicklung, Habilitationsschrift, Würzburg.
- Fehn, R. und E. Thode (1997), Globalisierung der Märkte - Verarmen die gering qualifizierten Arbeitnehmer? In: WiSt, Bd. 26, Heft 8, S. 397-404.
- Garibaldi, P. und P. Mauro (1999), Deconstructing Job Creation, IMF Working Paper WP/99/109.
- Institut der Deutschen Wirtschaft (2000), Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, Köln.
- Krugman, P. (1995), Growing World Trade: Causes and Consequences, Brookings Papers on Economics Activity, 1, S. 327-377.
- Külp, B. (1975), Umverteilung von den nicht ganz Armen zu Lasten der nicht ganz Reichen? In: Dürr, E. u.a. (Hrsg.), Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Berlin, S. 227-241.
- Meier, D. (1994), Gesellschaftliche Steuerung des medizinisch-technischen Fortschritts, in: Das Gesundheitswesen, Nr. 56, S. 75-84.
- Nickell, S. (1997), Unemployment and Labor Market Rigidities: Europe versus North America, Journal of Economic Perspectives 11 (3), S. 55-74.
- Rodrik, D. (1997), Has Globalization Gone Too Far? Institute for International Economics, Washington D. C.
- Sen, A. (1997), Inequality, unemployment and contemporary Europe, in: International Labour Review 136 (2), S. 155-171.

Seit 1997 erschienen:

**Nr. 18 Endzeit der Flächentarife?**

von Norbert Berthold, 1998

erschienen in: *Bitburger Gespräche*, Jahrbuch 1998, München 1998,  
S. 19 – 38.

**Nr. 19 Does EMU Promote Labor-Market Reforms?**

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1998

erschienen in: *Kyklos*, Vol. 51 (1998), Fasc. 4, S. 509-536.

**Nr. 20 Sozialstandards unter globalem Druck: Erhalten, senken, erhöhen?**

von Norbert Berthold und Jörg Hilpert, 1998

erschienen in: Berg, Hartmut (Hrsg.), *Globalisierung der Wirtschaft: Ursachen - Formen - Konsequenzen*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 263, Berlin, 1999, S. 127-156.

**Nr. 21 Die zehn Gebote der Arbeitsmarktpolitik**

von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1998

erschienen in: Klemmer, Paul, Dorothee Becker-Soest und Rüdiger Wink (Hrsg.), *Liberale Grundrisse einer zukunftsfähigen Gesellschaft*, Baden-Baden, 1998, S. 353-372.

**Nr. 22 Real Wage Rigidities, Fiscal Policy, and the Stability of EMU in the Transition Phase**

von Norbert Berthold, Rainer Fehn und Eric Thode, 1998

erschienen in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 135 (1999), H. 4, S. 545-572.

**Nr. 23 Europa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert –  
Die Perspektive Westeuropas**

von Norbert Berthold, 1998

erschienen in: Wenig, Alois (Hrsg.), *Globalisierung und die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft*, Berlin 2000, S. 43 –77.

- Nr. 24 **Capital Market Imperfections, Greater Volatilities, and Rising Unemployment: Does Venture Capital Help?**  
von Rainer Fehn, 1998  
erschieden in : *Review of Economics*, Vol. 51 (1), S. 13 – 37.
- Nr. 25 **Der Föderalismus und die Arbeitslosigkeit:  
Eine vernachlässigte Beziehung**  
von Norbert Berthold, 1998  
erschieden in: *List Forum* für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 24 (1998),  
H. 4, S. 345-366.
- Nr. 26 **Labor Market Policy in a Global Economy**  
von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1999  
erschieden in: Wagner, Helmut (ed.), *Globalization and Unemployment*,  
Berlin, 2000, S. 257-296.
- Nr. 27 **Sozialstaat und struktureller Wandel: eine verhängnisvolle Beziehung?**  
von Norbert Berthold, 1999  
erschieden in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*,  
Bd. 135 (1999), H. 3, S. 407-437.
- Nr. 28 **Aggressive Lohnpolitik, überschießende Kapitalintensität und steigende  
Arbeitslosigkeit: Können Investivlöhne für Abhilfe sorgen?**  
von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 1999  
erschieden in: Berg, H. (Hrsg.), *Arbeitsmarkt und Beschäftigung: Deutschland  
im internationalen Vergleich*, Berlin 2000, S. 219 – 249.
- Nr. 29 **Globalisierung und unvollkommene Kapitalmärkte: Verschärft die  
Knappheit international anerkannter Sicherheiten Länderkrisen?**  
von Rainer Fehn, 1999  
erschieden in: *Außenwirtschaft*, Bd. 54 (1999), H. 3, S. 389-416.

- Nr. 30 **Falling Labor Share and Rising Unemployment:  
Long-Run Consequences of Institutional Shocks?**  
von Norbert Berthold, Rainer Fehn und Eric Thode, 1999
- Nr. 31 **Rigide Arbeitsmärkte und ungleiche Einkommensverteilung:  
Ein unlösbares Dilemma?**  
von Norbert Berthold, Rainer Fehn und Eric Thode, 1999  
erschieden in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Bd. 49 (2000),1 , S. 3-26.
- Nr. 32 **Mehr Beschäftigung, weniger Arbeitslosigkeit: Setzt sich das ökonomi-  
sche Gesetz gegen (verbands-) politische Macht durch?**  
von Norbert Berthold, 2000
- Nr. 33 **Der Flächentarifvertrag – vom Wegbereiter des Wirtschaftswunders zum  
Verursacher der Beschäftigungsmisere?**  
von Norbert Berthold und Oliver Stettes, 2000  
erscheint in: Ott, C. und Schäfer, H.-B. (Hrsg.), *Ökonomische Analyse des Ar-  
beitsrechts*.
- Nr. 34 **Umverteilung in der Mittelschicht – notwendiges Übel im  
Kampf gegen Armut?**  
von Norbert Berthold und Eric Thode, 2000  
erschieden in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*,  
45. Jahr (2000).
- Nr. 35 **Globalisierung und Strukturwandel – Droht das Ende  
des Sozialstaates?**  
von Norbert Berthold und Oliver Stettes, 2000  
erschieden in: Theurl, E. (Hrsg.), *Der Sozialstaat an der Jahrtausendwende –  
Analysen und Perspektiven*, Heidelberg 2001, S. 247-272.

- Nr. 36 **Financing Structural Change, Venture Capital, and Unemployment: What is the Role of Investor Protection?**  
von Rainer Fehn, 2000  
erscheint in: Rieger, E. und Birgitta Wolff (eds), *Corporate-Government Relations in the Age of "Globalization"*.
- Nr. 37 **The Positive Economics of Corporatism and Corporate Governance**  
von Rainer Fehn und Carsten-Patrick Meier, 2000  
erschienen in: Inst. of World Economics, *Kiel working paper 982*, Kiel, 2000.
- Nr. 38 **Arbeitsmarktpolitik in der Europäischen Währungsunion**  
von Norbert Berthold und Rainer Fehn, 2000  
erscheint in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*
- Nr. 39 **Das Bündnis für Arbeit – Ein Weg aus der institutionellen Verflechtungsfalle?**  
von Norbert Berthold, 2000
- Nr. 40 **Institutions and Structural Unemployment: Do Capital-Market Imperfections Matter?**  
von Ansgar Belke und Rainer Fehn, 2000  
erschienen in: Center for European Studies, *Working Paper Series 00.8 (December 2000)*, Harvard 2000.
- Nr. 41 **Sozialsysteme im Wettbewerb – das Ende der Umverteilung?**  
von Norbert Berthold und Michael Neumann, 2001
- Nr. 42 **Die föderale Ordnung in Deutschland – Motor oder Bremse des wirtschaftlichen Wachstums?**  
von Norbert Berthold, Stefan Drews und Eric Thode, 2001